Notfall- und Basisversorgung in Havelberg und Genthin endlich umsetzen!

Drucksache **8/6789** · eingebracht 2026-03-31 — Antragsteller: **LINKE**

Gesundheit | Ländliche Entwicklung | Daseinsvorsorge

ZUSAMMENFASSUNG

Der Antrag fordert die dringende Umsetzung medizinischer Notfall- und Basisversorgung in Havelberg und Genthin nach Schließung der dortigen Krankenhäuser — unter Kritik an jahrelangem Versagen der Landesregierung und der Salus gGmbH.

KERNFORDERUNGEN

- Forderung nach MVZ in Havelberg bis Ende 2026
- Forderung nach Notfallkonzept und Trägersuche in Genthin
- Kritik an Privatisierung und fehlender Rekommunalisierung

BEWERTUNG

8.0/10

GEMEINWOHL-SCORE

Uneingeschränkt unterstützen

Der Antrag fordert die Reaktivierung medizinischer Daseinsvorsorge in zwei ländlichen Städten nach Krankenhaus-Schließungen — ein klares Bekenntnis zur sozialen Gerechtigkeit (D4) und solidarischen Gesundheitsversorgung (D2). Er kritisiert den Verlust öffentlicher Infrastruktur und verlangt sektorenübergreifende, gemeinwohlorientierte Lösungen statt marktgesteuerten Rückzugs. Die Forderung nach Rekommunalisierungspotenzial und Trägerverantwortung stärkt Transparenz & Mitbestimmung (D5), während der Bezug auf unterversorgte Regionen ökologische Nachhaltigkeit (E3) indirekt durch gesundheitsförderliche Raumplanung berührt.

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Konkrete Forderung nach gemeinwohlorientierter Daseinsvorsorge
- Kritik an Versorgungsversagen und fehlender Umsetzung öffentlicher Zusagen
- Fokus auf benachteiligte ländliche Regionen

Schwächen

- Keine konkrete Benennung alternativer Trägermodelle
- Fehlende Verknüpfung mit Klima- und Mobilitätsthemen (z. B. Fahrrad-Notfallwege)
- Keine explizite Berücksichtigung von Barrierefreiheit oder digitaler Teilhabe

GWÖ-MATRIX 5×5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A · LIEFERANT:-INNEN	·	·	·	·	·
B · FINANZEN	·	·	·	·	·
C · VERWALTUNG	·	·	-	·	·
D · BÜRGER:INNEN	·	++	·	++	+
E · GESELLSCHAFT & NATUR	·	·	+	·	·

++ stark fördernd · + fördernd · ○ neutral · - widersprechend · -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

D4 **Soziale öffentliche Leistung** `Bewertung: +4`

Gemeinwohlorientierte Daseinsvorsorge im ländlichen Raum

D2 **Solidarität** `Bewertung: +4`

Sicherstellung medizinischer Grundversorgung für alle unabhängig von Standort oder Einkommen

D5 **Transparenz & Mitbestimmung** `Bewertung: +3`

Kritik an fehlender Umsetzung öffentlicher Zusagen und Forderung nach verbindlicher Trägerverantwortung

E3 **Ökologische Nachhaltigkeit** `Bewertung: +2`

Raumordnungspolitische Dimension: Vermeidung von Mobilitätsaufwand durch wohnortnahe Versorgung

C3 **Politische Führung & Verwaltung** `Bewertung: -2`

Kritik an mangelnder Umsetzungskompetenz und politischem Willen der Landesregierung

PROGRAMM-TREUE PRO FRAKTION

CDU

WAHLPROGRAMM 6/10

Der Antrag steht in partieller Übereinstimmung mit dem CDU-Regierungsprogramm 2021, das eine 'strukturierte und zielorientierte Krankenhausversorgung' sowie 'wohnortnahe pflegerische Angebote' fordert (Q11, Q13). Allerdings widerspricht die Kritik an der Salus gGmbH als Auftragnehmerin implizit dem CDU-Konzept einer gemischten Trägerlandschaft — die CDU betont explizit den 'Mix der Eigentumsformen' (Q25) und lehnt Rekommunalisierung ab.

> „Insbesondere bedarf es einer strukturierten und zielorientierten Krankenhausversorgung, die sich zum einen an dem durch die Bundesebene vorgegebenen Erreichbarkeitszeitraum von 30 Minuten orientiert"
> CDU Sachsen-Anhalt Regierungsprogramm 2021, S. 53

PARTEIPROGRAMM 5/10

Das CDU-Grundsatzprogramm 2024 betont 'sektorenübergreifende Zusammenarbeit' und 'Telemedizin', aber auch 'Selbstversorgungsfähigkeit Europas' und 'Prävention' (Q16–Q17). Der Antrag fokussiert jedoch auf stationäre Reaktivierung statt technologiegestützte Alternativen — mittlere Übereinstimmung.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

AfD

WAHLPROGRAMM 2/10

Der Antrag widerspricht zentralen AfD-Positionen: Die AfD lehnt die Energiewende ab, befürwortet Kernkraft und Kohle, und setzt auf 'Mehr Polizei, härtere Strafen' — nicht auf Gesundheitsinfrastruktur. Kein Bezug zu Migration, Sicherheit oder Energiepolitik; stattdessen Forderung nach öffentlicher Gesundheitsversorgung, was dem AfD-Fokus auf Subventionenkritik und 'gegen Windkraft' widerspricht.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 1/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

LINKE ANTRAGSTELLER:IN

WAHLPROGRAMM 9/10

Der Antrag ist nahtlos aus dem LINKE-Wahlprogramm 2021 ableitbar: Er konkretisiert die Forderung nach 'Rekommunalisierung bei Versorgungsversagen' (Q19), kritisiert Privatisierung (KMG), verweist auf 'unterversorgte Menschen' (Q19, Q20) und fordert 'gemeinwohlorientierte regionale Gesundheitsunternehmen' (Q1). Die Kritik am Abriss des Denkmalkrankenhauses in Genthin spiegelt die LINKE-Betonung von Infrastruktur als Gemeingut wider.

> „Wenn ein privater Krankenhausbetreiber die Gesundheitsversorgung nicht mehr sicherstellt, soll das Krankenhaus rekommunalisiert werden."
> SPD Sachsen-Anhalt Wahlprogramm 2021, S. 21

PARTEIPROGRAMM 9/10

Das Erfurter Programm (2011) fordert ausdrücklich 'Befriedigung menschlicher Grundbedürfnisse wie Wohnen, Bildung und Gesundheit [...] unabhängig von seinem Geldbeutel' (Q7) und 'Daseinsvorsorge in der Versorgung mit Wasser, Energie, Transport...' — Gesundheit ist hier explizit als Grundbedürfnis verankert. Der Antrag macht diese Position räumlich konkret.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

SPD

WAHLPROGRAMM 8/10

Der Antrag entspricht weitgehend der SPD-Position: 'Solidarisches Gesundheitswesen für alle', 'Verhinderung weiterer Privatisierungen', 'Rekommunalisierung bei Versorgungsversagen' (Q19–Q23). Die Forderung nach Notfallversorgung in Genthin und MVZ in Havelberg korrespondiert mit der SPD-Forderung nach 'optimierter Notfallversorgung' und 'barrierefreier medizinischer Versorgung' (Q22). Einzig die fehlende explizite Nennung von Tariftreue bei Vergaben mindert Vollständigkeit.

> „Wenn ein privater Krankenhausbetreiber die Gesundheitsversorgung nicht mehr sicherstellt, soll das Krankenhaus rekommunalisiert werden."
> SPD Sachsen-Anhalt Wahlprogramm 2021, S. 21

PARTEIPROGRAMM 8/10

Das Hamburger Programm (2007) verankert 'soziale Gerechtigkeit' und 'Solidarität' als Grundwerte (Q24) und verpflichtet den Staat zur 'sicheren Versorgung' — der Antrag macht dies räumlich und institutionell konkret. Die Betonung von 'paritätisch finanzierten Sicherungssystemen' (Q24) passt zur Kritik an verschwendeten Mitteln.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

GRÜNE

WAHLPROGRAMM 7/10

Die GRÜNEN fordern 'Gemeinwohlorientierung' und 'regionale Wertschöpfung' (NRW 2022), was mit der Forderung nach lokalen Gesundheitszentren übereinstimmt. Allerdings fehlt im Antrag der explizite Bezug zu Klimaschutz, Mobilitätswende oder Natur — Kernthemen des GRÜNEN-Wahlprogramms. Die Forderung nach sektorenübergreifender Versorgung stimmt mit dem GRÜNEN-Fokus auf 'sozial-ökologische Transformation' (Q2020) überein.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 7/10

Das Grundsatzprogramm 2020 betont 'planetare Grenzen' und 'soziale Teilhabe' (Q2020), aber kein direktes Zitat zur Gesundheitsinfrastruktur liegt vor. Der Antrag berührt jedoch 'Gerechtigkeit' und 'Demokratie' (Q2020) durch Forderung nach Bürger*innenorientierung — mittlere bis hohe Übereinstimmung.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

FDP

WAHLPROGRAMM 3/10

Der Antrag widerspricht zentralen FDP-Positionen: Die FDP lehnt Rekommunalisierung ab ('Rekommunalisierung für falsch', Q25), bevorzugt 'Mix der Eigentumsformen' und betont 'freie Wahl des Arztes und Krankenhauses' (Q30). Der Antrag kritisiert privatwirtschaftliche Träger (KMG, Salus) und fordert staatliche Durchsetzung — ein fundamentaler Konflikt mit dem FDP-Verständnis von Eigenverantwortung und Markt.

> „Da es vor allem die kommunalen Klinika sind, die derzeit in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten, halten wir eine Rekommunalisierung für falsch."
> FDP Sachsen-Anhalt Wahlprogramm 2021, S. 57

PARTEIPROGRAMM 2/10

Das FDP-Grundsatzprogramm 2012 betont 'Freie Wahl des Arztes, des Krankenhauses, der Krankenversicherung und der Therapie' (Q30) — der Antrag zielt hingegen auf verbindliche, standortgebundene öffentliche Versorgung. Klare Wertekollision.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: Die Landesregierung wird aufgefordert: 1. mit der Salus gGmbH das von ihr selbst erstellte Konzept zur Einrichtung eines intersektionalen Gesundheitszentrums umzusetzen und bis Ende 2026 die erste Stufe eines medizinischen Versorgungszentrums einzurichten.

> Die Landesregierung wird aufgefordert: 1. mit der Salus gGmbH und unter Einbindung der Kommunen, Ärzt:innen und Bürger:innen das von ihr selbst erstellte Konzept zur Einrichtung eines intersektoralen Gesundheitszentrums umzusetzen und bis Ende 2026 die erste Stufe eines medizinischen Versorgungszentrums einzurichten.

Begründung: Stärkt Transparenz & Mitbestimmung (D5) durch explizite Bürgerbeteiligung und kommunale Ko-Verantwortung — entspricht GWÖ-Matrix-Feld D5+

Vorschlag 2 von 3

Original: 2. die Umsetzung des von der PD versprochenen Versorgungs- und Notfallkonzeptes in Genthin inklusive der Suche nach einem Träger zu realisieren.

> 2. die Umsetzung des von der PD versprochenen Versorgungs- und Notfallkonzeptes in Genthin unter Priorisierung gemeinwohlorientierter, nicht-gewinnorientierter Träger (z. B. freie Wohlfahrtsverbände oder kommunale Unternehmen) zu realisieren.

Begründung: Stärkt Solidarität (D2) und Soziale Gerechtigkeit (D4) durch klare Vorgabe gemeinwohlorientierter Trägerwahl — entspricht GWÖ-Matrix-Feld D2+

Vorschlag 3 von 3

Original: Die Geschichte der Krankenhäuser in Genthin und Havelberg steht exemplarisch für die Standortreduzierung der medizinischen Versorgung in Sachsen-Anhalt in der Fläche.

> Die Geschichte der Krankenhäuser in Genthin und Havelberg steht exemplarisch für die Standortreduzierung der medizinischen Versorgung in Sachsen-Anhalt in der Fläche — ein Prozess, der ohne adäquaten Ersatz zu systematischer Unterbrechung der Daseinsvorsorge und gesundheitlicher Ungleichheit geführt hat.

Begründung: Explizite Verknüpfung mit sozialer Gerechtigkeit (D4) und Menschenwürde (D1) — erhöht GWÖ-Treue durch normative Fundierung

Original-Antrag

Drucksache 8/6789

Notfall- und Basisversorgung in Havelberg und Genthin endlich umsetzen!

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

LANDTAG VON SACHSEN-ANHALT

31.03.2026

Drucksache 8/6789

öffentlich

Antrag

–

Fraktion Die Linke

Notfall- und Basisversorgung in Havelberg und Genthin endlich umsetzen!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest,

1. dass die seit 2021 seitens des Sozialministeriums und der Salus gGmbH gegebene Zusage zur Entwicklung eines intersektionalen Gesundheitszentrums, beginnend mit einem medizinischen Versorgungszentrum in Havelberg nach der Schließung des dortigen Krankenhauses durch die KMG, bis heute nicht erfüllt worden ist.
2. dass das Argument der Salus gGmbH, dass sich für die Erfüllung des Auftrages kein Fachpersonal finden ließ, nicht der Wahrheit entspricht. Vielmehr liegt die Ursache darin, dass es weder in der Landesregierung noch in der Salus gGmbH die Bereitschaft gab, ein entsprechendes Konzept umzusetzen.
3. dass trotz der erheblichen Bereitstellung von Landesmitteln für eine Beratungsgesellschaft (PD) zur Vorbereitung einer medizinischen Notfallversorgung in der Stadt Genthin, bis heute keine konkreten Ergebnisse zur Umsetzung der genannten Aufgabenstellung erkennbar sind.

Die Landesregierung wird aufgefordert:

1. mit der Salus gGmbH das von ihr selbst erstellte Konzept zur Einrichtung eines intersektionalen Gesundheitszentrums umzusetzen und bis Ende 2026 die erste Stufe eines medizinischen Versorgungszentrums einzurichten.
2. die Umsetzung des von der PD versprochenen Versorgungs- und Notfallkonzeptes in Genthin inklusive der Suche nach einem Träger zu realisieren.

(Ausgegeben am 02.04.2026)

Begründung

Die Geschichte der Krankenhäuser in Genthin und Havelberg steht exemplarisch für die Standortreduzierung der medizinischen Versorgung in Sachsen-Anhalt in der Fläche. 2017 wurde Genthin, 2020 Havelberg aus der Krankenhausplanung gestrichen - ohne adäquaten Ersatz bisher. Beide Krankenhäuser versorgten die laut Krankenhausgutachten von 2023 ohnehin medizinisch unterversorgten Menschen im Norden des Landes. Zuvor waren in beide Häuser Investitionsmittel des Landes und Sicherstellungszuschüsse der Krankenkassen geflossen und dann mit den Schließungen quasi verbrannt. In Genthin wurde sogar das unter Denkmalschutz stehende Krankenhaus 2025 abgerissen.
Erforderlich sind nun dringend neue Versorgungsmodelle, die die versprochene sektorenübergreifende Gesundheitsversorgung in Havelberg und die Notfall-Versorgung in Genthin umsetzen. Die Landesregierung hat jahrelang ihre Zusagen nicht eingehalten. Inzwischen ist deutlich geworden, dass im Falle von Havelberg eine Vielzahl von Ärzten ihre Bereitschaft erklärt hat, an einem MVZ der Salus gGmbH mitzuwirken, diese jedoch in keinem Fall eine erfolgreiche Rekrutierung abgeschlossen hat. Vielmehr hat die für den ambulanten Bereich zuständige Mitarbeiterin der Salus gGmbH in einer öffentlichen Veranstaltung verkündet, dass ein medizinisches Versorgungszentrum oder sogar ein intersektionales Gesundheitszentrum für Havelberg völlig unnötig ist und sich ihre Gesellschaft mit diesem Projekt nicht weiter befassen wird.
Debatten und Anträge gab es bereits 2021/22 im Landtag, die Landesregierung konnte sich jedoch - anders als jüngst beim Standort Zerbst - nicht dazu durchringen, auch Havelberg und Genthin als landesbedeutsame Standorte einzustufen. Daher fordert die einbringende Fraktion erneut, sofort die Standorte Genthin und Havelberg wieder in die Bedarfsplanung aufzunehmen und Wege zur Sicherung der stationären bzw. akutmedizinischen Versorgung aufzuzeigen.

Stefan Gebhardt
Parlamentarische Geschäftsführung